



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XV/86 - 12. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>"Erpressungspolitik der Gewerkschaften"?</u> Herr Faulissen und die Lohnverbesserungen in der Metallindustrie Baden-Württemberg	32
2 - 3	<u>Peking greift zum Himmel</u> Von Erwin Erasmus Koch	105
4 - 5	<u>Wachablösung beim Kieler BHE</u> Auswirkungen auf die Landespolitik	64
6	<u>Unüberhörbare Stimme</u> Eine Mahnung an Europa	25
6	<u>Im Reiche von Hassels</u> "...fanden aber keine Gegenliebe bei unseren Nachbarn"	28
7	<u>"Die alte Leiter" - in Holland</u> Antisemitisches Echo auf eine Fernsehsendung	32

* * *
* * *

"Erpressungspolitik der Gewerkschaften"?

Herr Paulssen und die Lohnverbesserungen
in der Metallindustrie Baden-Württemberg

sp - Es geschehen - trotz allem, was man gemeinhin sagt - noch Zeichen und Wunder. So haben jetzt die Metallindustriellen in Nordbaden und Nordwürttemberg einer Lohnverbesserung zugestimmt, die angeblich über die im Blessing-Memorandum gesetzte Grenze hinausgeht. Rund 500 000 Metallarbeiter werden eine Lohnerhöhung von acht Prozent erhalten. Sehr unzufrieden damit ist der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herr Dr. Paulssen. Er drohte mit seinem Rücktritt, weil er glaubt, daß seine Kollegen Arbeitgeber in Baden-Württemberg die Solidarität der Lohnstopper durchbrochen haben.

Im Zusammenhang mit diesem Vorgang, der seine besondere Bedeutung dadurch erfährt, daß in Baden-Württemberg die Auftragslage und die Gewinnchancen in der Metallindustrie hervorragend sind, wird nun hier und da von einer "Erpressungspolitik der Gewerkschaften", von "rücksichtslosem Machteinsatz der IG-Metall" und ähnlichem Unfug gesprochen. Daß die Arbeitgeber in Baden-Württemberg vernünftige Leute sein könnten und vielleicht sogar verstehen, daß die Arbeitnehmer Anspruch auf einen gerechten Anteil am Sozialprodukt haben - auf diesen Gedanken scheint man noch nicht gekommen zu sein.

Aber: Die babylonische Sprachverwirrung bei der Beurteilung von wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen wird langsam unerträglich. Wenn sich zehn oder zwanzig millionenschwere Unternehmer zusammenschließen, um preis- und marktregulierend wirksam zu werden, dann spricht und schreibt man von "freier" oder sogar von "sozialer Marktwirtschaft. Wenn sich dagegen einige hunderttausend Arbeitnehmer zur gemeinsamen Vertretung eines gerechten Anspruchs an Sozialprodukt zusammenfinden, dann tönt es "Erpressung" und "Machtrausch".

Es wäre dringend notwendig, in den beruflichen Fortbildungsschulen einige Unterrichtsstunden für das Erlernen und das Verstehen von volkswirtschaftlichen ~~Zusammenhängen~~ und Grundsätzen einzuführen. Vielleicht kommt man dann mit der Zeit dazu, das Sprachengewirr zu entwirren und wieder etwas Klarheit in Vorgänge hineinzubringen, die heute durch Falsch- und Zweckmeldungen im Dunkel gelassen werden.

Peking greift zum Himalaya

Von Erwin Erasmus Koch

In wenigen Wochen erscheint das Buch von Erwin Erasmus Koch "Auf dem Dach der Welt" / "Tibet, die Geschichte der Dalai Lamas" (600 Seiten mit 64 Bildseiten, West-Verlag, Frankfurt/Main). Der Verfasser behandelt in einigen Kapiteln die Schicksale der Staaten an den Südhängen der Schneeberge. Er legt im folgenden nach umfangreichen Dokumentationen seines Buches dar, welcher Art die Ansprüche Rotchinas auf die strittigen Territorien sind.

*

D.Red.

Über viertausend Kilometer zieht sich die Nordgrenze Indiens durch die eiserstarre Wildnis, durch Gletscher und Hochsteppen des Himalaya-Massivs. Seit dreitausend Jahren sei diese Grenze, häufig durch die Wasserscheiden in den Quellgebieten der großen Ströme gekennzeichnet, unverändert geblieben. Jawaharlal Nehru, der indische Ministerpräsident, weist mit diesem Argument plötzlich vorgebrachte Ansprüche der Volksrepublik China auf territoriale Korrekturen zurück. Peking forderte zunächst Landstriche in einer Ausdehnung von rund 125 000 Quadratkilometern, die immerhin der Größe Bayerns und der Sowjetzone entsprechen. Der Streit begann 1954. Damals hatten die rotchinesische Regierung und später die Zeitschrift "China Pictorial" Karten veröffentlicht, die erhebliche Teile der Länder an den Südhängen der Schneeberge als Hoheitsgebiete des kommunistischen Reichs der Mitte auswiesen. Allein Nepal blieb vorläufig von Expansionswünschen der Volksrepublik verschont.

Nach der zweiten Flucht des 14. Dalai Lamas drangen im August 1959 starke chinesische Heeresabteilungen in die Nordostprovinz Indiens, nach Ladakh, ein. Es kam zum ersten Kugelwechsel und zu erregten diplomatischen Aktionen. Aber Indien erreichte keinen Rückzug der Chinesen. Tschu En-lai, der Ministerpräsident der Volksrepublik China, nahm schließlich zur allgemeinen Überraschung eine Einladung Nehrus nach New Delhi an. Welcher Art würde der Preis sein, den Peking in einer vielleicht möglichen, friedlichen Regelung fordern würde? Es zeigte sich bald, daß Burma einen derartigen "Freundschaftsvertrag" mit einem Grenzabkommen koppeln mußte. Der burmesische Ministerpräsident General Ne Win war nach Peking gereist und dem Druck gewichen, obwohl das zwischen China und Burma umstrittene Territorium nur 900 Quadratkilometer betrug. Die Spannung stieg, und dann zerrannen die optimistischen Hoffnungen. Der nepalesische Ministerpräsident Koirala hatte Ende März gleichfalls in Peking vorgesprochen. Er wollte die Grenzen Nepals durch die Volksrepublik garantiert wissen. Tschu En-lai aber forderte dafür den höchsten Berg der Erde, den Mount Everest. Der Gletscher-Gigant sei chinesisches Territorium.

Die Landkarten der Jesuiten

Wie kam China dazu? Gab es eine historische Berechtigung, auf der Peking seine Souveränität über den Himalaya begründen konnte? Vor mehr als tausend Jahren bestand unter den letzten großen Königen des Schneelandes ein tibetisches Großreich. Nepal, einige Fürstentümer Indiens, Landschaften Chinas und sogar Ostturkestan waren ihm tributpflichtig. In jener Epoche fand die Ausbreitung der Lehre der Rotmützen-

Zauberer-Priester statt, Viele Völker Asiens nahmen die Lama-Religion an. Die Rotkappen aber wurden durch die Gelupka-Sekte vertrieben, durch die "Tugendbettler" mit den gelben Mützen. Zehntausende bedrangter Zauberer-Mönche wanderten in die Südhänge des Himalaya ab. Sie bemächtigten sich der weltlichen Macht in Ladakh, einem alten tibetischen Königtum, in Bhutan, Sikkim und Népal. Darüber vergingen Jahrhunderte und die Gelbe Staatskirche söhnte sich mit den Rotmützen aus: Lhasa, die "Stätte der Götter", wurde wieder zu einem weltlichen und geistlichen Machtzentrum. Allerdings hatten sich die Hierarchen, die ersten Gottkönige Tibets, eng an China angelehnt. Der große Mandschu-Kaiser Kang-hsi errichtete um 1690 eine Militärdiktatur auf dem Dach der Welt, das Schneeland wurde (1720) dem Reich der Mitte einverleibt. Kang-hsi erteilte damals einigen an seinem Hofe weilenden Jesuiten den Auftrag, die Ausdehnung Chinas und aller Gebiete, die ihm untertan waren, in einem Kartenwerk einzutragen. So geschah es. Diese topographische Aufnahme wies den ganzen Himalaya als Territorium des Goldenen Kaiser aus. Die Staaten unter den Gipfeln der Schneeberge hatten in den Karten den Charakter von Lehen erhalten.

Die Zeiten der East-India-Company

Ungefähr hundert Jahre zuvor war der East-India-Company von der Tudor-Königin Elisabeth das Patent erteilt worden. Unter zahllosen Wirren und Drangsalen vollzog die Handelsgesellschaft die Unterwerfung Indiens. Sie weitete ihre "Schutzherrschaft" allmählig bis zum Nordosten aus und stieß in die Territorien dieser Tributgebilde Tibets und Chinas vor. So wurde 1842 Ladakh an Ende langer Kriegszüge zu Kashmir geschlagen, aber es sollte weiterhin an den Lama-Guru in Lhasa Abgaben leisten. In Leh, der Hauptstadt, herrschte eine Dynastie von Rotmützen-Priester-Königen. Dabei blieb es; indessen wurden die Grenzen neu festgelegt, nach Ansicht der Mandschu sei es jedoch widerrechtlich geschehen. China bezeichnete Ladakh auch künftig als Teil seiner großen Provinz Hsi-kiang, hingegen Indien das einstmalige Königreich für sich beanspruchte.

Gleich verworren gestalteten sich die Verhältnisse in Népal, in Bhutan und Sikkim. Manche Fürsten jener Staaten hatten mit Tibet Kriege geführt. Aber die Bande mit Lhasa waren deshalb nicht gelockert worden. England stellte diese Reiche jedoch unter seinen "Schutz", es wurden mehr oder weniger willkürliche Grenzlinien gezogen. Beispielsweise kam in Népal eine Dynastie des Rana-Klans zur Macht, eine Premier-Minister Familie, die bis 1950 herrschte und ausdrücklich um 1840 die Oberhoheit Chinas bestätigt hatte. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß Népal zu den Protektoraten Englands gehörte. Nach dem Selbstmord des letzten Rana-Tyrannen wurde Mahendra Diwali, der Sprößling des legitimen Herrscher-geschlechts, König. 1958 fanden Parlamentswahlen statt, eine konstitutionelle Monarchie orientalischer Prägung entstand. China mischte geschickt seine Karten. Tschu En-lai ließ eine Straße in das Innere des Königsreichs bauen; er stellte über Lhasa die Verbindung mit Peking her und gewährte eine "Wirtschaftshilfe" in bescheidenen Werte von 88 Millionen Deutsche Mark. Chinesische Techniker fanden offene Türen, und mit ihnen kamen die Zuträger kommunistischer Propaganda. Die Forderung auf den Mount Everest dürfte gewiß nur ein Anfang sein. Ähnlich breitete sich der ideologische Einfluß der Volksdemokratie in Bhutan und Sikkim aus. China denkt nicht daran, den Simla-Vertrag von 1914 über die Teilung Tibets, die Grenzfestlegungen und die McMahon-Linie anzuerkennen. Indien wird deshalb gewiß nicht den dritten Weltkrieg entfesseln wollen. Unterdessen hat China seine strategischen Straßen über die alten Grenzforts vor Bhutan und Sikkim hinaus in das "Niemandland" geführt. Es denkt zweifellos nicht daran, auf die Erdöl-, Kohle- und Uranvorkommen in Ladakh und die noch unerforschten Bodenschätze in Népal, Bhutan und Sikkim zu verzichten.

Wachablösung beim Kieler BHE

mu. - Beim Gesamtdeutschen Block-BHE in Schleswig-Holstein hat es in der Führungsspitze eine Wachablösung gegeben. Der damals durch Ministerpräsident von Hassel (CDU) aus seinem Amt gesetzte Sozialminister Hans Adolf Astach, der den Block acht Jahre lang in seinem Gründungsland im Norden geführt hatte, verzichtete aus beruflichen und gesundheitlichen Gründen auf seine Wiederwahl als Landesvorsitzender. An seine Stelle wählten die Delegierten auf einem Parteitag in Nortorf bei Kiel den in Purlay geborenen 45 Jahre alten Baustoffunternehmer Dr. Herbert Beer, der schon früher den Landtag in Kiel angehört hatte, zum Nachfolger. Auf den ersten Blick kann Beer auch als der wesentlich geschicktere Politiker bezeichnet werden, der sich jedenfalls in seiner Diktion nicht im Bereich der nationalsozialen Schlagwörter bewegt.

Ob es Dr. Beer jedoch gelingen wird, die Partei, die seit ihrer Gründung im Jahre 1950 von einem ununterbrochenen Niedergang gezeichnet war, wieder emporzureissen oder wenigstens zu stabilisieren, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls ging aus dem 11. Landesparteitag in Nortorf eine Serie von Beschlüssen hervor, die auf eine Konzentrierung der organisatorischen und politischen Arbeit hinauslaufen sollen. Der geschäftsführende Landesvorstand wurde reduziert und mit einem neuen Landesvorstandssekretär versehen. Dem Landesvorstand wurden Arbeitsgruppen, politische Beisitzer und Bezirksbeauftragte zur Seite gegeben. Man wird vor allen offenbar versuchen, mit Hilfe des Vorsitzenden der Ostpreussen Landmannschaft und BHE-Fraktionsvorsitzenden im Kieler Landtag Dr. Gille aus dem Reservoir der Landmannschaften und des Landesverbandes der Vertriebenen zu schöpfen.

Der elfte Landesparteitag war mit der zehnjährigen Wiederkehrfeier der BHE-Gründung in Schleswig-Holstein verbunden. Damals am 7. September 1950 zog der BHE mit 23,4 Prozent der abgegebenen Stimmen und 15 Mandate in das Landesparlament an der Kieler Förde ein. Am BHE lag es damals zu entscheiden, ob die Sozialdemokraten, die bis dahin allein regiert hatten und jetzt auf eine Koalition angewiesen waren, mit dem BHE eine "soziale Koalition" hätten bilden können. Der BHE

entschied sich nach rechts. In einem von der CDU geführten Kabinett zogen Kraft und Asbach ein und Dr. Kickbusch wurde in den folgenden Jahren der Fraktionschef.

Asbach verzichtete jetzt auf den Landesvorsitz, Kraft ging zur CDU und ist längst von der politischen Bühne verschwunden. Dr. Kickbusch führt die CDU-Fraktion im Kieler Rathaus. Von dem "Absaugungsprozess", den die CDU die ganzen Jahre hindurch klug durchführte, wurde damals, als der BHE 1954 noch mit zehn Mandaten ins Parlament kam, fast die ganze Fraktion betroffen. Darunter auch Frau Sozialminister Ohnesorge und Finanzminister Dr. C.A. Schaefer, die heute der CDU angehören.

Jetzt sitzt der BHE mit fünf Mandaten in der Opposition. Er hat in der Koalition mit der CDU ein Grossteil seiner Prominenz und seines Einflusses eingebüßt. Er hat vor allem seine beiden ursprünglichen Kernprogramme : Höfe für ostvertriebene Bauern und billige Wohnungen für die Flüchtlingsmassen nicht in seinem Sinne durchsetzen können. Der Parteitag in Wortorf zeigte, dass der BHE heute so weit geht, auf Bestimmungen zu drängen, welche die entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes jedenfalls als Druckmittel zur Landenteignung mit Entschädigung bestehen lassen möchte.

Jedenfalls war der BHE der Anstoss dafür, daß in Schleswig-Holstein die seinerzeit während der Besatzung eingeführten Bodenreformgesetze durch die CDU-Regierung nicht sang- und klanglos liquidiert werden können. Daneben hat der BHE wieder einmal mit Befremden zur Kenntnis genommen, daß die Landesregierung das Wohnungsbauprogramm für dieses Jahr bisher auch noch nicht aufgelegt hat.

Es kann als sicher gelten, daß Dr. Beer nicht versuchen wird, in die Regierung des Herrn von Hoesel einzutreten. Das gebrannte Kind scheut das Feuer. Dabei wäre der Regierungschef dringend auf eine Regierungsverbreiterung angewiesen. Er muss, nachdem Böttcher, der ausgeschiedene CDU-Landtagspräsident, das Parlament seit Jahresfrist meidet, mit 35 gegen 53 Abgeordnete regieren. Ein gewiss hartes Brot, wenn die eigene Fraktion von sehr unterschiedlichen Strömungen ausserdem durchsetzt ist.

Unüberhörbare Stimme

sp - Schneller als es die kühnste Phantasie noch vor wenigen Jahren vorauszuahnen vermochte, vollzieht sich in diesen Wochen und Monaten in Afrika ein revolutionärer Prozeß, dessen weitreichende Wirkungen noch niemand übersehen kann. Während die Aufmerksamkeit der Europäer von der bevorstehenden Gipfelkonferenz absorbiert wird, melden Afrika und Asien ihren Anspruch auf eine aktive Rolle bei der Lösung von Weltfragen an. Vielleicht wird es die letzte Gipfelkonferenz zwischen weißen Mächten sein. Es ist kein Zufall, daß Rußland und China mit starken Delegationen auf der zweiten "Solidaritäts-Konferenz der afrikanisch-asiatischen Völker" in Conakry vertreten sind. Diese Konferenz verurteilte in einer ungewöhnlich scharfen Sprache das Vorgehen der südafrikanischen Union gegen die schwarzen Afrikaner, die französischen Atombombenversuche in der Sahara und den "grausamen Algerienkrieg". Als Begleitmusik dazu paßt die Aufforderung des Ministerpräsidenten der algerischen Exilregierung, Ferhat Abbas, an afrikanische und asiatische Regierungen, Freiwillige für den Kampf um Algerien zu stellen - ein Warnsignal an das Frankreich de Gaulles, dem damit ein unerbitterlicher Kampf angesagt wird. Der Nationalismus dieser afrikanischen Völker ist ein neuer Faktor in der Weltpolitik, ihn als "Kommunismus" abzutun, wäre töricht und verfehlt und eine Verkennung der Strömungen, die den schwarzen Kontinent überfluten. Unter dieser Sturmflut werden die letzten Überbleibsel kolonialer Herrschaft verschwinden. Diesen unvermeidlichen Prozeß sollte Europa durch eine friedliche und verständnisvolle Politik beschleunigen statt ihn, wie es Frankreich und Südafrika tun, mit Gewalt aufzuhalten. Sie sind ohnehin auf der Seite der Verlierenden.

+ + +

Im Reiche von Hassels

sp - Üppig wuchert im Reiche von Hassels, des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, der Geist unbewältigter Vergangenheit. Der Fall des Prof. Heyde, alias Sawade, ist noch in allgemeiner Erinnerung. Noch immer weiß man nicht, wie groß der Kreis der Mitwisser ist, der schwieg, obwohl er hätte reden müssen. Die Betroffenen haben es mit ihrem Gewissen auszumachen, daß sie die Tätigkeit eines Mannes duldeten, der des vielfachen Massenmordes an Kranken beschuldigt wird. Aber auch noch andere Dinge können in diesem Land passieren. Etwa die Herausgabe einer anlässlich des 75jährigen Bestehens des Kieler Turnvereins erschienenen Denkschrift, die folgende Sätze enthielt:

"Der Reichstag war eine jammervolle Klanaukubode".... "Mit einem Schlage verschwanden alle politischen Parteien und die lang ersehnte Einheit des deutschen Volkes wurde Wirklichkeit... Es traten wieder geordnete Verhältnisse ein, und danach hatte man sich so sehr gesehnt... Besondere Leistungen... wurden durch das SA-Sportabzeichen anerkannt, und es galt als Ehrensache, das Abzeichen zu besitzen. Die Turn- und Sportverbände fügten sich gern in den neuen Staatsaufbau ein." Über Hitlers Kriegspolitik liest man: "Ganz Europa sollte einmal unter der Hakenkreuzflagge vereint werden. Die hochpolitischen Ziele fanden aber keine Gegenliebe bei unseren Nachbarn."

Man muß hier der Atem anhalten. Dieser Geist wird jungen Menschen verabreicht, unter der Duldung des Vereinsvorsitzenden, eines Regierungs-
 oberinspektors. Die nachträgliche Rechtfertigung des Dritten Reiches, 15 Jahre nach seinem schändlichen Zusammenbruch, stammt wohl von einem Mann, der sicherlich nicht geeignet ist, in der Bundesrepublik der Jugend ein Vorbild zu sein. Wenn der Kieler Turnverein nur einigermaßen gut beraten ist, wählt er sich einen anderen Vereinsvorsitzenden und läßt die "Festschrift" einstampfen. Sie stiftet nur Unheil. + + + -7-

"Die alte Leier" - in Holland

H.G.S. - Unlängst rief eine Fernsehendung aus Berlin "Die schönsten Jahre unseres Lebens", die sich kritisch mit den Soldaten-Traditionsverbänden auseinandersetzte, ein teilweise sehr rades Echo in der Bundesrepublik hervor. Einen Parallelfall gab es jetzt in Holland. Die niederländische Radiogesellschaft VPRO strahlte eine Fernsehendung "De oude draaidos" (Die alte Leier) von Simon van Collem und dem sehr bekannten Historiker und Schriftsteller L. de Jong aus, die sich anhand von Dokumentarfilmen aus der NS-Besatzungszeit mit dem damaligen niederländischen Faschismus befasste.

Es wurden Nazi-Propaganda-Filme mit eingeblendet, die in der Zeit von 1940 bis 1945 in Holland gedreht worden waren. Auch erschienen die niederländischen Nazis und Kollaborateure van Mussert, van Geelkerken, der deutsche Kommissar Seyss-Inquart auf dem Fernsehschirm und hielten ihre Reden wie die Mitglieder der nazistisch-holländischen W.A., die Jungsturkmänner und die Freiwilligen, die sich als niederländische Ostfrontkämpfer gemeldet hatten und in deutsche Dienste traten.

Die Reaktion auf diese Fernsehendungen war verblüffend und wird in den letzten Tagen auch eifrig in der holländischen Presse - vor allem in der Zeitung "Het Parool" diskutiert.

Simon van Collem erhielt eine ganze Reihe von Drohbriefen und fortlaufend Anrufe mit Drohungen. In diesen Briefen wurde er als "dreckiger Jude" bezeichnet als "Judenschmeißel" und in einigen der Briefe stand unter anderem: "Es ist eine Schande, daß Sie überhaupt noch existieren, aber Sie werden der Strafe nicht entgehen!" In einem Brief war ein Foto von Arthur Seyss-Inquart, auf das eine unbekannte Hand geschrieben hatte: "Sie dreckeriger Jude!"

Eine wahrscheinlichere Reaktion bei der niederländischen Rundfunkgesellschaft war, daß eine Reihe von abonnierten Hörern des Fernsehens ihre Mitgliedschaft zu der Gesellschaft VPRO aus Protest gegen diese Sendung über die Vergangenheit aufkündigten...

+ + +

----- 7 -----
Verantwortlich: Günter Markscheffel